Preis der Einzelnummer 6 Mark.

Neue Lodzer Zeitung

Erscheint täglich früh. An Tagen, die auf Sonn- und Festtage folgen, abends. Bezugspreis: monatlich 160 Mk. mit Zustellung, wöchentlich 40 Mk. Per Post bezogen 160 Mk. monatlich. Vertretungen: Alexandrow Salin, Danzig: Danziger Anzeigenbüro, Reitbahn 8. Konstantynow: Schöler. Pabianice: G. Keil, Zdunska-Wola: H. Wolff, Zgierz: Lach, Kiosk.
— Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückerstattet. —

Redaktion und Geschäftsstelle
Petrikauer-Straße Nr. 15.
Telephon Nr. 283.

Inseratenkosten: 8-gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 7 Mk., Ausland 10 Mk. Pf. Reklam. u. Inserate im Text od. auf der ersten Seite (doppelt so breit) 30 Mk., Ausland 40 Mk. pro Raum der Nonpareillezeile. Eingef. 40 Mk. pro Korpuszeile. Bei Kunstsatz, Schrägsatz u. dergl. 50 Prozent Aufschlag. Inserate werden nach Möglichkeit gut plaziert, es können aber besondere Platzanweisungen nicht berücksichtigt werden, daher auch keine dahingehenden Reklamationen.
— Inseratenannahme durch alle Annoncen-Büros. —

Nr. 61. Donnerstag, den 3. März 1921. 20. Jahrgang.

Die Entscheidung über das Schicksal Europas.

Gegenwärtig befinden wir uns in der Phase wichtiger Entscheidungen in London, Entscheidungen, die nach der Lage der Sache diejenigen, die in Versailles, Paris, Spaa, Brüssel oder anderswo gefällt wurden, bei Weitem überragen. Sie sollen den Schlußpunkt des Weltkrieges bilden und gleichzeitig das Fundament schaffen, auf welchem der Neubau Europas erfolgen soll. Die ganze Welt folgt deshalb mit leicht verständlicher Spannung den Beratungen in London, von deren Entschlüssen das Schicksal Europas abhängt. Weitblickende Politiker wissen, daß es in dem gegenwärtigen Augenblick nicht um Deutschland allein zu tun ist, sondern um alle Völker Europas, um die alten und die durch den Weltkrieg neuentstandenen Staaten. Europa gleicht mit seinen Staaten einer Familie, deren Interessen auf Gegenseitigkeit und Gemeinschaft beruhen. Geht es einem dieser Familienmitglieder schlecht, so müssen alle anderen helfend eingreifen, wenn sie durch den Verlust, die das eine Familienmitglied betroffen, nicht alle in Mitleidenschaft gezogen werden wollen. Von diesem Standpunkt aus muß die Politik Europas ausgehen, wenn es der Weltpolitik gegenüber standhalten will.

Die Verteilung Kleinasiens.

Den „Danz. N. N." wird aus London geschrieben: Obwohl sich verschiedene Blätter der Bezeichnung „die neue Friedenskonferenz" bedienen, um den Charakter der Verhandlungen über die Verteilung Kleinasiens näher zu bezeichnen, ist bisher von einer friedlichen Atmosphäre nicht viel zu verspüren. England verteidigt mit unerhörter Zähigkeit den Vorposten von Konstantinopel und Frankreich arbeitet endgültig auf die Sicherung Syriens und des Libanons hin. Italien steht Frankreich näher, was sich darauf erklären läßt, daß die den Italienern zugesicherten kleinasiatischen Einflußgebiete an die syrischen Teile, unter französischer Herrschaft stehend, grenzen. Das Bestreben Frankreichs ist es, Konstantinopel von dem vorwiegend englischen Einfluß zu befreien. Dies wird jetzt hauptsächlich durch finanzpolitische Besprechungen französischer Staatsmänner mit den türkischen Delegierten zu erreichen gesucht.

Es steht noch nicht endgültig fest, daß die arabische Frage aus dem Konferenzprogramm ausgeschaltet wird. Lloyd George wartet auf eine passende Gelegenheit, um den franzosenfeindlichen Emir Faisal vor den Rat der Alliierten zu rufen. Die Taktik des englischen Ministerpräsidenten erinnert an die Vorgänge in Spaa, wo der Emir gleichfalls im Hintergrunde gehalten wurde, bereit, hervorzutreten, sobald ihm das Stichwort seitens der englischen Delegierten erteilt würde. In Spaa erübrigte sich das Erscheinen Faisals. Ob nun Lloyd George den arabischen Fürsten benötigen werde oder nicht, hängt ausschließlich vom weiteren Verlauf der Unterhandlungen ab.

In demselben Saale des St. James Palast, wo die erste Vollsitzung des Völkerbundes im Vorjahre abgehalten wurde, finden die Besprechungen jetzt mit den Türken und Griechen statt. Vierzig Oelbilder englischer Könige blicken auf die Versammlung herab. Die großen Worte, die Balfour vor einem Jahre, als Englands Vertreter im Völkerbunde, in diesem Saale aussprach, klingen jetzt wie Hohn. Völkerfreiheit und Selbstbestimmungsrecht der Nationen, Versöhnung und gemeinschaftliche Arbeit zum Wohle aller Völker — lauter Worte aus Balfours großer Völkerbundsrede, wirken, wenn man sich heute erinnert, grotesk. Die Türken sitzen den alliierten Vertretern apathisch gegenüber und lassen das Donnerwetter des Allmächtigen Lloyd George gleichgültig über sich ergehen. Der achtzigjährige Tewvik Pascha sagte, schmerzlich lächelnd, nach der gestrigen Sitzung: „Man tritt auf uns herum, wie auf den verhungerten Hunden Stambuls."

„Manchester Guardian" teilt mit, daß zwischen den alliierten Mächten eine geheime Vereinbarung bestünde, deren Inhalt folgender sei: Bulgarien hat das Recht, bei dem Rate des Völkerbundes um einen Ausgang ins Aegäische Meer anzusuchen. Hierauf sollten die Mächte diesem Wunsche Folge geben. Es scheint nun, daß Bulgarien von diesem Rechte Gebrauch machen wolle.

* * *

Am Sonntag mittag reiste die deutsche Delegation, bestehend aus 55 Herren, unter Führung des Reichsaußenministers Dr. Simons, von Berlin zur Londoner Konferenz. Als der Zug sich in Bewegung setzte, wurden dem Außenminister lebhafte Ovationen dargebracht. Die Londoner Verhandlungen werden am Mittwoch beginnen.

Hierzu schreiben die „Danz. N. N.": Begleitet von den besten Wünschen eines wehrlosen, zertreten am Boden liegenden Volkes, das um die letzten Reste seiner wirtschaftlichen Existenz kämpft, begibt sich Minister Simons nach London. Er wird es dort nicht leicht haben. Gegen eine Welt von Haß und Macht stehen ihm nur geistige Waffen zur Verfügung und das Wort, das Luther vom alten Landsknechtsobrist Frundsberg mit auf den Weg bekam vor seinen Eintritt in den Reichstag von Worms: „Mönchlein, Mönchlein, du gehst einen schweren Gang", klingt ihm aus Millionen deutscher Seelen als Abschiedsgruß nach.

Minister Simons fährt ohne weitere ministerielle Bekleidungsstücke nach London. Das ist durchaus richtig, denn schließlich wird die Entscheidung, ob Deutschland das Pariser Traktat annehmen oder ablehnen wird, letzten Endes tatsächlich nicht in London, sondern im Gesamtkabinett in Berlin fallen. Man hat aus Spaa gelernt. Damals hat es sich als außerordentlich hemmend erwiesen, daß ein Teil des Reichskabinetts sich in Spaa, der andere in Berlin befand, so daß gewissermaßen zwei Rumpfkabinette vorhanden waren und schließlich folgenschwere Beschlüsse im Berliner Kabinett nur von einem ganz kleinen Ministergremium gefaßt werden konnten.

Alles kommt von der Art der Aufnahme an, die die deutschen Gegenvorschläge finden werden. Diese werden streng geheim gehalten, bis sie amtlich zur Kenntnis der Entente gebracht sind. Lediglich die Führer der Reichstagsparteien sind über den Inhalt informiert unter der ausdrücklichen Verpflichtung strengster Verschwiegenheit, die soweit geht, daß nicht einmal die Fraktionen unterrichtet werden dürfen. Wir möchten annehmen, daß die Veröffentlichung der deutschen Vorschläge keine großen Ueberraschungen bringen wird. Wer die Reden des deutschen Außenministers in den letzten Wochen verfolgt hat, wird über das, was Deutschland bieten kann, einigermaßen im klaren sein. Vielleicht mit der einzigen Ausnahme, daß die Abfindungssumme so gering ausfallen wird, daß die Gegenseite darüber Tobsuchtsanfälle bekommt. Das ist um so mehr anzunehmen, weil gegenüber den astronomischen Zahlen, die in der Tagespresse der Entente gemacht worden sind, das deutsche Angebot wie ein Bettelpfennig wirken wird. Im übrigen handelt es sich um einen technisch ziemlich komplizierten Apparat von Sachleistungen, die durch ein Handinhandarbeiten der deutschen mit der französischen und belgischen Industrie erreicht werden sollen.

London, 1. März. (Polpr.) Heute begab sich eine Gruppe von Journalisten zu dem Vorsitzenden der deutschen Delegation Dr. Simons, um unmittelbar von ihm einige Informationen zu erhalten. Der Sekretär des Ministers erklärte, daß vor der Entscheidung Dr. Simons unbedingt jegliche Auskunftserteilung verweigere.

London, 1. März. (Polpr.) „Daily Chronicle" schreibt: **„Noch in dieser Woche, also schon in den nächsten drei oder vier Tagen wird sich das Schicksal Europas entscheiden.**

London, 1. März. (Polpr.) Seit dem Eintreffen der deutschen Delegation ist das Interesse in London an der Konferenz ganz erheblich gestiegen. Die Blätter werden die deutschen Gegenvorvorschläge durch Extraausgaben bekannt geben. Die Stimmung ist in politischen Kreises Londons sehr gespannt und vom Optimismus weit entfernt.

London, 1. März. (Polpr.) Die Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge soll am Sonnabend erfolgen.

London, 2. März. (Pat.) Die deutschen Gegenvorschläge kamen allen, die sie hörten, unerwartet. Es herrscht die übereinstimmende Ansicht, daß man auf dieser Grundlage zu keiner Einigung kommen werde. Der Text der deutschen Vorschläge wurde nicht verlesen, sondern an die Konferenzmitgliedern verteilt. Die deutschen Gegenvorschläge haben bei den Konferenzmitgliedern einen ungünstigen Eindruck hervorgerufen.

London, 2. Mär. (Pat.) Der Vertreter der Havasagentur meldet in Ergänzung des offiziellen Sitzungsberichts der Londoner Konferenz, die Verbündeten hätten einmütig erkannt, daß die deutschen Vorschläge nicht nur unannehmbar, sondern auch undiskutierbar seien. Lloyd George verlieh seiner Verwunderung und Entrüstung anläßlich des bösen Willens und Glaubens Ausdruck, die das Exposé des Ministers Simons kennzeichnen. Briand, Graf Sforza und Jaspar erklärten den von Lloyd George eingenommenen Standpunkt vollauf zu teilen. Die Verbündeten faßten den Entschluß, nicht weiter über die deutschen Gegenvorschläge zu diskutieren. Die Antwort der Verbündeten wird heute redigiert und morgen der deutschen Delegation eingehändigt werden.

London, 2. März. (Pat.) Havas'-Sonderberichterstatter meldet: Der erste Tag der gemeinsamen Sitzung mit den Deutschen ergab einen vollständigen Widerspruch zwischen den Ansichten der deutschen Delegation und denen der Koalitionsdelegierten. Lloyd George eröffnete die Sitzung. Dr. Simons ergriff das Wort und erklärte, daß die im Pariser Vertrage berührten Probleme Fragen der inneren Politik Deutschlands seien. Die definitive Festsetzung der Gegenvorschläge sei erst im letzten Augenblick erfolgt, ja selbst während der Reise habe man an den Vorschlägen arbeiten müssen. Dr. Simons schloß seine Ausführungen mit der Bemerkung, die unterbreiteten Vorschläge stützten sich nicht nur auf die nationale Wirtschaft, sondern auf die Wirtschaft der ganzen Welt. Wir wollen, sagte er, bis zur äußersten Grenze unserer Leistungen gehen, jedoch unter der Bedingung, daß man uns die wirtschaftliche Freiheit wiedergibt. Wir kommen nach London, um ein Abkommen zu treffen, das eine wirtschaftliche Verständigung auf der Grundlage der Gerechtigkeit darstellen soll. Sollte dieses nicht erreicht werden, dann wird die Welt eine Krisis nach der anderen durchmachen bis zum endgiltigen Chaos. — Der deutsche Standpunkt wurde in Koalitionskreisen verurteilt, die Delegierten der Koalition sehen voraus, daß die deutsche Delegation nicht die feste Absicht hatte, zu einer Verständigung zu kommen, sondern bestrebt war, diese Frage so lange zu verschleppen, bis die neue Regierung in den Vereinigten Staaten ihr Amt antritt. Die Alliierten beschlossen, sich auf keine Verhandlungen mit den Deutschen einzulassen, sondern ihnen nur die Entscheidung mitzuteilen.

Astronomische Zahlen.

Lloyd George hat das Wort der „astronomischen Zahlen" geprägt. Daß die in Paris aufgestellten Forderungen an die Deutschen wirklich bisher nur in der Astronomie vorgekommene Größen erreichen, beweisen folgende Berechnungen.

Die von der Entente verlangten 226 Milliarden Goldmark machen bei der gegenwärtigen Valuta 2,7 Billiarden Papiermark aus. Wollte Deutschland diese Summe mit lauter Hundertmarkscheinen bezahlen, so brauchte man dazu 27 Milliarden Hundertmarkscheine. Ein Hundertmarkschein von 1908 ist 15,8 Zentimeter lang. **Würde man nun die 27 Milliarden Hundertmarkscheine aneinanderlegen um den Gläubigern eine Brücke auf den Mond zu** bauen, so könnte man mit dieser ungeheuren Anzahl von Zetteln elfmal den Mond mit der Mutter Erde verbinden. (Der Mond ist durchschnittlich 384,000 Kilometer von der Erde entfernt), die Aneinanderlegung der Scheine ergäbe eine Strecke von 4,266,000 Kilometern. Ein anderer Vergleich: Um den Erdball könnte man am Aequator mit dieser Unmasse von deutschen Reichsbanknoten einen Etikettestreifen von 10 Meter Breite kleben.

Zu den 226 Milliarden Entschädigungssumme kommen zwölfeinhalb Prozent Ausfuhrzuschlag, womit sich der Betrag auf 270 Milliarden Goldmark erhöht. Könnte Deutschland wirklich so viel Geld entbehren, so müßte ein Goldberg von 2,160,000 Zentnern über den Vater Rhein gewälzt werden. (Ein 10-Mk.-Stück in Gold wiegt 4 Gramm!) Bei einer solchen „Goldverschiebung" per Eisenbahn wären 10,800 Eisenbahnwaggon von je 200 Zentner Ladung nötig. Das bedeutet 216 riesige Güterzüge mit je 50 Waggon. Nur mit Hilfe derart drastischer Vergleiche ist es möglich, ein richtiges Bild und eine Vorstellung von den Pariser Forderungen zu gewinnen.

Der Streit um die Beute.

Die amerikanische Note über die deutschen Kolonien.

In der an den Völkerbundrat gerichteten Note der amerikanischen Regierung über die Verteilung der Mandate wird darauf hingewiesen, daß die Vereinigten Staaten bereits am 23. November 1920 ihr Recht geltend gemacht haben, von den für den Völkerbund bestimmten Mandatsprojekten Kenntnis zu erhalten, um ihrer Ansicht Ausdruck geben zu können. Diese sei von wesentlicher Bedeutung für die Gültigkeit einer jeden Entscheidung des Völkerbundes in der vorliegenden Frage, um so mehr, als **mit dem Mandatsprinzip eine grundlegende Neuerung in die internationalen Beziehungen eingeführt sei.**

Die Note hebt als für die Vereinigten Staaten vornehmlich wichtige Frage zunächst die Frage der Schaffung besonderer Interessensphären in Anatolien hervor, wofür die Grundlage nach dem Vertrage von Sevres gegeben sei, und beschäftigt sich dann insbesondere mit der Frage der Mandate über die früheren deutschen Besitzungen im Stillen Ozean, vornehmlich der Insel Yap, die notwendigerweise zu jedem Projekt oder praktischen System von Kabelverbindungen im Stillen Ozean gehöre und deren freie Benutzung keine Macht begrenzen oder kontrollieren könne. Die Note wendet sich dagegen, daß das Mandat über diese Gebiete Japan überlassen werden solle und betont, daß die Vereinigten Staaten als eine der alliierten und assoziierten Hauptmächte unabhängig und mit demselben Recht wie die anderen Hauptmitglieder der Entente an dem Schicksal der deutschen Kolonien interessiert und zur Entscheidung darüber berechtigt seien. Daher müßten die Vereinigten Staaten erwarten, daß von ihrem Protest gegen die Entscheidung des Völkerbundrates vom 17. Dezember 1920 über die Mandatsverteilung Notiz genommen und daß diese Frage erneuter Prüfung unterzogen wird.

* * *

Die Einigkeit unter den Alliierten geht stets dann sofort in die Brüche, wenn die speziellen Interessen eines Staates im Widerspruch stehen mit der Regelung einer Frage, die die übrigen Alliierten nicht unmittelbar angeht und von ihnen daher nach objektiven Gesichtspunkten getroffen worden ist. Amerika denkt nicht daran, sich in irgendeiner Beziehung für Deutschland ins Zeug zu legen — sein Protest gegen die Verteilung der deutschen Kolonien unter die Sieger richtet sich lediglich dagegen, daß der Rivale im Stillen Ozean, Japan, eine Insel erhalten soll, die von großer Wichtigkeit für die Kabelverbindungen ist und deren Besitz für die Vereinigten Staaten daher sehr wertvoll sein würde. Wäre die Insel Amerika und nicht Japan zugesprochen worden, so hätte man in Washington sicherlich alles in schönster Ordnung gefunden.

Die Insel Yap gehört zu den Karolinen und liegt genau nördlich von der westlichen — niederländischen — Hälfte von Neu Guinea. Japan wird sicherlich nicht ohne weiteres auf diese ihm zugesprochene Insel verzichten, so daß nicht recht ersichtlich ist, wie die Alliierten sich aus der durch die amerikanische Note geschaffenen Lage heraushelfen werden. Der britische Botschafter in Washington soll zwischen den Vereinigten Staaten und Japan vermitteln; lösen läßt sich der Konflikt aber nur durch einen klaren Verzicht einer Partei, der vorläufig ausgeschlossen erscheint. Also Schwierigkeiten über Schwierigkeiten, da eine Ablehnung der amerikanischen Forderungen eine weitere Verschärfung der

Kluft zwischen Washington und Paris—London bedeutet.

Demgegenüber muß betont werden, daß die deutsche Regierung, gestützt auf den Versailler Vertrag, an der Auffassung festhält, daß die Verteilung der Mandate über die deutschen Kolonien nicht Sache der Alliierten, sondern des gesamten Völkerbundes ist. Dieser Standpunkt wird noch gestärkt durch die amerikanische Note, die gleichfalls feststellt, daß das Mandatsprinzip eine völlige Neuregelung der kolonialen internationalen Beziehungen bedeutet.

(Danz. N. N.)

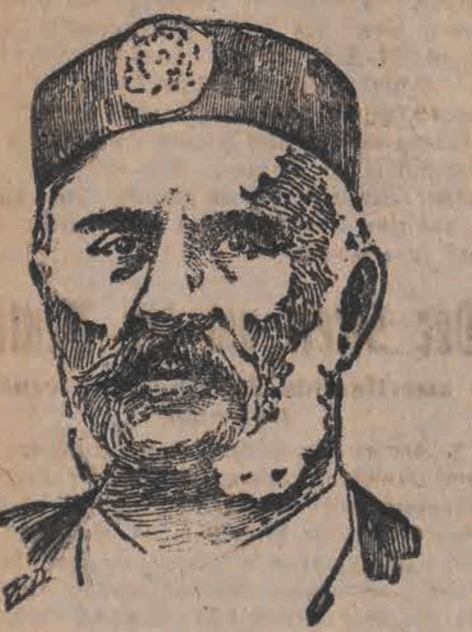
Deutsche Rückerstattungen.

Paris, 2. März. (Pat.) Der Berichterstatter es „Echo de Paris" berichtet über die französische Behörde, die sich damit beschäftigt, das in Frankreich während des Krieges fortgenommene Material wiederzuerlangen. Französische und belgische Ingenieure haben in allen deutschen Fabriken Nachsuchungen gehalten. Es wurden 350,000 Tonn Material gefunden, was 40,000 Maschinen bedeutet. Ueber 200,000 Gegenstände wurden bereits nach Frankreich zurückgesandt. Die größte Zahl der Maschinen stammt aus Nordfrankreich. Ende 1921 wird Frankreich 75 pCt. des geraubten Materials zurückerhalten. Die französischen Ingenieure fanden auch eine größere Zahl Kunstgegenstände, Bibliotheken und Wertpapiere.

Der König von Montenegro †.

Antibes, 2. März. (Pat.) Der König von Montenegro ist gestorben.

König Nikolaus I. Petrowitsch Njegosch wurde am 25. September 1841 als Sohn des Mirko Petrowicz geboren, verheiratete sich am 27. Oktober 1860 mit Milena, Tochter des Wojewoden Peter



König Nikita von Montenegro.

Vukotic und folgte seinem Oheim Danilo I. am 13. August 1860 auf den Fürstenthron von Montenegro. Nach dem unglücklichen Kriege mit der Türkei schloß er sich (1862) enger an Rußland an und wurde von Kaiser Alexander III. einst der einzige Freund Rußlands genannt. Am 28. August 1910 nahm er den Königstitel an. Bald nach Ausbruch des letzten Krieges, bei dem er sich den Ententemächten angeschlossen hatte, mußte er sein Land verlassen und lebte seither in Italien und Frankreich und zwar zuletzt in der kleinen französischen Hafenstadt Antibes im Arrondissement Alpes-Maritimes, von wo jetzt die Nachricht von seinem Tode eingetroffen ist.

Die Organisierung des russischen Bolschewismus durch Deutschland.

Prag, 2. März. (Pat.) Der Berliner Korrespondent des „Venkov" hatte eine Unterredung mit einer hervorragenden politischen Person über das Thema, ob es wahr sei, daß Lenin seinerzeit von der deutschen Regierung 60 Millionen Mark erhalten habe, um in Rußland die bolschewistische Revolution hervorzurufen. Die betreffende Person bestätigte diese Nachricht und gab zu der Frage nachstehende Einzelheiten: Unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges schilderte der deutsche Botschafter in Petersburg Rußland als ein Land das vor der Revolution stehe. Und wirklich drohte damals der Ausbruch eines Arbeiterstreiks in Petersburg. Die Hoffnungen der Deutschen auf eine Ausbreitung dieses Streiks und den Ausbruch der Revolution erfüllten sich nicht. Als aber nach den ersten russischen Niederlagen nach Deutschland einige Tausend Gefangene kamen, organisierte das deutsche Außenministerium in Berlin eine systematische politische Propaganda für die Idee des Bolschewismus unter den russischen Kriegsgefangenen. An der Spitze der Propaganda stand Professor Brennet. Nach Ausbruch der ersten Revolution in Rußland erkannte der deutsche Generalstab, daß es Zeit zum Handeln sei und entsandte die organisierten Bolschewisten mit Lenin an der Spitze nach Petersburg. Der Korrespondent des „Venkov" hat auch mit dem deutschen sozialistischen Abgeordneten Berenstein gesprochen, der sich im Besitz von Dokumenten befindet, die es beweisen, daß Lenin in Wirklichkeit aus der Staatsbank ungeheure Geldsummen erhalten hat.

Russisch-persischer Vertrag.

Paris, 2. März. (Pat.) Der Vertrag zwischen Rußland und Persien ist am 26. Februar in Moskau unterzeichnet worden.

Der Aufstand im Kaukasus.

Paris, 2. März. (Pat.) Der Aufstand im Kaukasus gegen die Sowjetregierung gewinnt an Umfang. Auch die nationalen armenischen Truppen weisen die roten Truppen zurück.

Straßenkämpfe in Petersburg.

Paris, 2. März. (Pat.) In Petersburg ist ein Aufstand ausgebrochen. **In den Arbeitervierteln haben sich ungeheure Kämpfe abgespielt. Die meuternden Matrosen in Kronstadt eilten den Aufständischen zu Hilfe. In den Straßen Petersburgs wird mit Kanonen geschossen. Der Petersburger Sowjet konnte der Bewegung nicht Herr werden und trat in Verhandlungen mit den Aufständischen.**

4.305 Hingerichtete.

Wie uns aus Riga die „Pat" telegraphiert, melden die bolschewistischen „Iswestia", daß in den 6 letzten Monaten in Sowjetrußland 280 Verschwörungen gegen die Sowjets aufgedeckt, 114 offene Revolten unterdrückt, 287,940 Personen verhaftet und 4.305 Personen hingerichtet worden sind.

In der Nähe Revals ist nach estnischen Blättern ein bolschewistisches Schiff untergegangen, das in geheimnisvoller Mission unterwegs war.

Die lettische Presse berichtet, daß der Warenaustausch zwischen Rußland und Estland völlig eingestellt worden ist. Der Grund ist ein Streit über die Zahlungsmittel.

Die Gefahr des österreichischen Sozialismus.

Paris, 2. März (Pat.) In einem Artikel unter der Ueberschrift die „Internationale" bespricht der „Temps" das Ergebnis der sozialistischen Konferenz in Wien und findet, daß die Idee der Internationale vollständig Fiasko gemacht hat. Das Blatt erklärt, daß der Sozialismus in der Art, wie er in Wien repräsentiert ist, ebenso eine große Gefahr bedeutet, wie der bolschewistische Kommunismus. Bei den Kommunisten wisse man es, daß man auf eine brutale Kraftprobe gefaßt sein müsse. Die Sozialisten seien geneigt, zu verschleierten Mitteln ihre Zuflucht zu nehmen, um ihre Ideale, die Ergreifung der Macht über die arbeitende Klasse und die Herrschaft dieser Klasse über die anderen, zu verwirklichen. Sie seien ebenso bereit zum bewaffneten Aufstande und Revolution.

Die galizischen Juden in Oesterreich.

Bekanntlich ist in Oesterreich ein Dekret erlassen worden, laut welchem Juden, die aus Galizien stammen, aus dem Reiche ausgewiesen werden, obgleich sie früher österreichische Reichsangehörige waren. Am 25. Februar kam diese Angelegenheit vor dem Völkerbunde zur Sprache. Polen verlangt auf Grund des Punktes 11 des Statuts über den Völkerbund eine Intervention. Der polnische Vertreter, Herr Askenasy, unterstrich, er verlange keine allgemeine Diskussion des Gegenstandes, sondern wünsche nur eine Verständigung zwischen den beiden Mächten in dieser rein humanitären Angelegenheit. Herr Askenasy hob hervor, daß die Forderung Polens über die Aufhebung des Dekrets rechtlich begründet ist, da das betreffende Dekret der österreichischen Regierung, das die jüdischen Flüchtlinge aus Oesterreich ausweist, nicht in gesetzgebender Ordnung herausgegeben ist. Außerdem widerspreche es dem durch den Traktat von St. Germain festgesetzten Optionsrecht. Das Dekret wurde kurz vor Unterzeichnung des Traktats herausgegeben und werde nur gegen polnische Juden angewendet, aber nicht gegen tschechoslowakische, jugoslawische oder ungarische Juden. Herr Askenasy behauptet, daß die Zahl der Ausgewiesenen gegen 50 Tausend betrage, von denen 15 Tausend bereits Wien verlassen haben. Er unterstreicht, daß Polen liberale Grundsätze gegenüber den Flüchtlingen aus Rußland walten lasse. Diese befinden sich in einer ähnlichen Lage wie die Juden in Oesterreich und finden gegenwärtig in ungeheurer Anzahl in Polen, hauptsächlich in Galizien, Unterkunft und Gastrecht. Der österreichische Gesandte in Paris, Eichhof, unterstrich das Fehlen von Lebensmitteln und Wohnungen in Oesterreich und behauptete, daß diese Erscheinung das besprochene Dekret in genügender Weise begründe. Ein jeder Staat habe nach Ansicht des österreichischen Delegierten das Recht, unerwünschte Elemente aus seinen Grenzen zu entfernen. Auf Verlangen nach weiteren Aufklärungen erklärte Herr Askenasy, Polen hege die besten Wünsche, verlange jedoch, daß Oesterreich gegenüber den Angehörigen fremder Staaten demokratische und liberale Grundsätze anwende. Balfour empfahl dem polnischen Delegierten, schriftliche Erklärungen in dieser Angelegenheit zu machen. Zu einem Beschluß des Völkerbundes kam es einstweilen nicht.

Paris, 2. März. (Pat.) Der Rat des Völkerbundes beschäftigte sich weiter mit der von der polnischen Regierung angeregten Frage der Ausweisung sozialistischer Juden aus Oesterreich. In Gegenwart der Delegierten beider Regierungen, der Herren Askenasy und Eichhof, beschloß der Rat morgen eine Konferenz dieser beiden Herren unter Vorsitz Balfours anzuberaumen, um den Versuch zu machen, ihre Meinungsverschiedenheiten zu beheben.

Der deutsche Geschäftsträger beim Ministerpräsidenten Witos.

Wie aus Warschau berichtet wird, stellte sich am vergangenen Dienstag, den 1. März, mittags, der deutsche Geschäftsträger in Warschau Dr. Dirksen dem Ministerpräsidenten Witos im Statthalter-Palais vor. In Begleitung des deutschen Gesandten befand sich der erste Sekretär der deutschen Gesandtschaft Dr. Busse. Während des Besuches, der 20 Min. dauerte, wurden die Angelegenheiten Oberschlesiens sowie die deutsch-polnischen Verhandlungen berührt.

Chronik u. Lokales.

Die Art. 117, 118 und 119 des Verfassungsgesetzes von der Sejmkommission abgeändert.

Die Verfassungskommission hat unter Vorsitz des Abg. Dubanowicz die Revision des Verfassungsgesetzentwurfes beendet, mit der endgültigen Stilisierung wurde eine besondere Redaktionssubkommission beauftragt. In Sachen der konfessionellen Minderheiten wurden die bisherigen Artikel 117, 118 und 119 durch neue Artikel mit folgendem Wortlaut ersetzt: Art. 117. Die römisch-katholische Religion als die der Mehrheit des Volkes nimmt eine oberste Stellung (naczelne stanowisko) im Staate ein. Die römisch-katholische Kirche wird durch eigene Gesetze verwaltet. Das Verhältnis des Staates zur römisch-katholischen Kirche wird auf Grund eines Abkommens mit dem apostolischen Stuhle bestimmt. Art. 118. **Die Kirchen der religiösen Minderheiten und andere rechtlich anerkannte Religionsgemeinschaften verwalten sich selbst durch eigene Gesetze,** deren Anerkennung der Staat nicht verweigern wird, wenn sie nichts enthalten, das dem Rechte widerspricht. Das Verhältnis des Staates zu diesen Kirchen und Bekenntnissen wird auf gesetzlichem Wege nach Verständigung mit ihrer rechtlichen Vertretung festgesetzt. Art. 119. Die Anerkennung eines bisher nicht rechtlich anerkannten neuen Bekenntnisses wird solchen Religionsgemeinschaften nicht versagt, deren Einrichtung, Lehre und Organisation nicht der öffentlichen Ordnung und Sitte widerspricht. Außerdem wurden noch einige Aenderungen bezüglich der juridischen und technischen Verbesserung des Verfassungsentwurfes vorgenommen.

Keine Bürger zweiter Kategorie.

Die Protestkundgebungen gegen den Artikel 43 des Konstitutionsprojektes für den polnischen Staat haben bereits ein Resultat zu verzeichnen. Wie wir gestern gemeldet haben, hat die Sejmkommission, welche das Projekt nochmals durchberät, den Art. 43, in dem gesagt ist, daß der Staatschef nur ein Pole und Katholik sein darf, ausgestrichen. Die weiteren von der evangelischen Bevölkerung beanstandeten Artikel 11 und 118 sind in der Sejmkommission noch nicht in dritter Lesung beraten worden, die, wie man uns telephoniert, nur bis zum Art. 101 gekommen war.

Aus dieser Tatsache ersehen wir, daß polnischerseits das Unrecht eingesehen worden ist, das einem großen Teile loyaler Staatsbürger durch die Einseitigkeit gewisser katholischer Kreise zugefügt werden sollte. Die Streichung des angefochtenen Paragraphen dürfte speziell in den Kreisen der deutschen Bürger mit ganz besonderer Genugtuung aufgenommen worden sein, da sie in ihrer überwiegenden Mehrzahl auch evangelischen Glaubensbekenntnisses sind.

Der Protest gegen die Konstitutionsparagraphen zeigte ein schönes Bild der Einigkeit in einem Falle, wo es galt gemeinsame Interessen zu verfechten. Ob diese Einigkeit auch in anderen Fragen zu Tage treten wird, das ist freilich eine andere Frage. Nach den bisher gemachten Erfahrungen, sieht es kaum danach aus.

Besteht schon zwischen den Evangelischen im Lande eine gewisse Kluft, die sie in Polnisch- und Deutschsprechende teilt, wobei diese Kluft durch taktloses Auftreten und künstliches Schüren immer mehr verbreitert wird, so sind auch die Deutschsprechenden untereinander nicht einig. Abgesehen von verschiedenem persönlichem Interesse, das leider oft genug zu Uneinigkeiten führt, haben sich die Deutschen in zwei große Lager geteilt, die sich häufig direkt bekämpfen.

Solange man keinen Kompromißweg finden wird, den beide Teile zu gehen geneigt sind, wird es nur von Fall zu Fall, wo ganz besonders hohe Interessen auf dem Spiele stehen oder ein angetanes Unrecht von Allen schwer empfunden wird, zur Einigung kommen.

—g.

Beilegung der Streiks.

Wie uns aus Warschau telephoniert wird, hatten die Abgeordneten Moraczewski und Zulawski im Ministerpräsidium eine lange Unterredung bezüglich der Liquidierung des Streiks. Bereits vor der Unterredung trafen aus allen Teilen des Reiches Nachrichten ein, daß der geplante Proteststreik auch dort, wo teilweise Arbeitsniederlegung vorgekommen war, bereits am zweiten Tage abflaute. Wo in einzelnen Betrieben gestreikt worden war, wurde gestern überall, allerdings in einzelnen Betrieben nur teilweise, gearbeitet. Die Unterredung der Sozialistenführer mit der Regierung soll soweit ein Resultat erzielt haben, daß der Streik bereits gestern überall liquidiert wurde. Daraufhin wird die Regierung, wie sie es versprochen hatte, die Militarisierung der Eisenbahnen aufheben.

• Die Militarisierung der Bahnen. Die juridische Kommission des Sejm beriet gestern zusammen mit der Verkehrskommission über die Militarisierung der Bahnen und Uebergabe der streikenden Arbeiter an die militärischen Standgerichte. Den Vorsitz führte Abg. Dr. Marek. Von seiten der Militärbehörden waren die Generale Krzemienski und Neugebauer anwesend. Berichterstatter Dr. Cwikowski unterbreitete das Referat, wodurch festgestellt wird, daß die Anordnungen der Regierung über die Militarisierung der Bahnen und des Standgerichtswesens auf den Bahnen sich auf Rechtsgrundsätze stütze. Nach ausführlicher und erschöpfender Diskussion schloß sich die Kommissionsmehrheit den Ausführungen des Abg. Dr. Cwikowski an und akzeptierte die von ihm vorgebrachte Resolution. Der Antrag des Abg. Rajca, betr. Zurückziehung der Militarisierung und der Standgerichte auf den Bahnen mit Rücksicht darauf, daß der Streik faktisch bereits beigelegt ist, blieb in der Minderheit.

* **Nekrologe.** Am Dienstag verschied der frühere Fabrikant Herr **Franz Sindermann** im Alter von 60 Jahren. Der Verstorbene ist ein Kind unserer Stadt und er hat sein ganzes Leben in Lodz zugebracht. Ganz und gar mit unserer Stadt verwachsen, war er in den weitesten Kreisen der Bevölkerung bekannt und als eine gerade und offene Natur geschätzt. In den Jahren 1900 bis 1912 leitete er eine Hülsenfabrik, die er auf eine gewisse Höhe der Produktion brachte. Kränklichkeit veranlaßte ihn aber frühzeitig in den Ruhestand zu treten und sich auch aus der Gesellschaft zurückzuziehen. Mit einem offenem Kopfe verband er eine milde Hand, die gern zu allen Werken der Wohltätigkeit beitrug. Sein Andenken wird noch lange unter uns wach bleiben. Er ruhe in Frieden! — Gestern verstarb in Lodz Frau **Amalie Langhof**, geb. Matzner, eine Frau, die speziell in der Wohltätigkeit wirkte. Im evangelischen Frauenverein der St. Johannisgemeinde und im Damenkomitee des Greisenheims fand sie Gelegenheit, ihren Wohltätigkeitssinn zu betätigen. Sie ruhe sanft!

* **Personalnachricht.** Das Ackerbauministerium hat den bisherigen Chef der Veterinärabteilung des Wirtschaftsdepartaments Herrn **Lucjan Matuszewski** zum Veterinärinspektor der Lodzer Wojewodschaft ernannt. Die zuständigen Behörden wurden angewiesen, Herrn Matuszewski in seinem Amte zu unterstützen.

* **Der Streik in der Provinz.** Die Presseabteilung des Kriegsministeriums teilt mit: Die in Nr. 56 des „Robotnik" vom 2. März enthaltenen Nachrichten unter der Rubrik „In der Provinz" entsprechen in ihrem größten Teil nicht den Tatsachen. Im Dombrower Bezirk waren nicht nur alle Kohlengruben nicht untätig, sondern die Unterbrechungen in der Arbeit hatten nur einen teilweisen Charakter. Am 1. März war der Stand der Arbeit in den wichtigsten Gruben folgender: „Saturn" arbeiteten 40% Minimum (—), 60% Maximum (+), „Viktor" 50% Minimum (—), 80% Maximum (+), „Renard" 62 —, 80 +, „Paris" insgesamt 75%. „Reden" 25%, „Milowice" 58 —, 75 +. Gearbeitet haben die Hütten „Bankowa", „Katharina" und Huldschinski 95% +. „Puschkin", „Emma", beide Miedzinbois, Fitzner und Gamper 50%. In Krakau wurde der Streik am 1. März unterbrochen. Alle öffentlichen Betriebe und die Tramways nahmen die Arbeit normal auf. In Bialystok und Siedlce hatte der Streik keinen Erfolg. Auf den Bahnen wurde der Streik am 28. Februar um 7 Uhr abends unterbrochen. In Lublin nahmen am 1. März alle Fabriken, außer Moritz und der Gasanstalt, die Arbeit auf. In Lodz und Pabianice war keine Unterbrechung der Arbeit zu verzeichnen. Die Nachricht von dem Gefängniswärterstreik in Warschau ist unwahr.

* **Stillstand in der Industrie.** In der Lodzer Textilindustrie ist wieder ein Stillstand eingetreten. Viele der kleineren Fabriken haben nach 14tägiger Kündigung der Arbeiter ihre Betriebe wegen Ueberproduktion geschlossen. Mehrere Tausend Arbeiter wurden dadurch beschäftigungslos.

* **Die projektierten Kanalisations- und Wasserleitungsanlagen in Lodz.** Die Bezirksdirektion für öffentliche Arbeiten bei der Lodzer Wojewodschaft hat zum größten Teil die Angelegenheit der projektierten Kanalisation in Lodz erledigt, so daß diese seit länger Zeit ruhende Frage wieder einen bedeutenden Schritt vorwärts gekommen ist. Bei dem niedrigen Stande unserer Valuta kann jetzt an die Verwirklichung dieses Projektes nicht geschritten werden.

* **Die Zurückgestellten ohne Besichtigung.** Das Wirtschaftsdepartement der Lodzer Wojewodschaft macht bekannt, daß alle Staats- und Kommunalbeamten sowie auch Privatpersonen, die in Unternehmungen beschäftigt waren, welche für den Heeresbedarf arbeiten, und daher bei der Rekrutierung ohne Besichtigung zurückgestellt wurden, sich jetzt zu melden haben. Die Anmeldungen erfolgen beim zuständigen Ersatzkommando, wo auch die Besichtigung vorgenommen wird.

* **Die russischen Bankgebäude.** Nach Abzug der Okkupanten nahm sich die Bezirksdirektion für öffentliche Arbeiten der Gebäude der Wolga-Kama-Bank und der Azow-Donschen-Bank, die Eigentum russischer Institutionen sind, an. Infolge einer eingebrachten Interpellation der Vertreter erwähnter Banken an die Bezirksdirektion, mußte diese Angelegenheit durch das Ministerium für öffentliche Arbeiten und sodann durch die Lodzer Wojewodschaft gehen, was sechs Monate in Anspruch nahm. Nunmehr wurde die Räumung beider Bankgebäude angeordnet. Beide Gebäude werden unter Zwangsverwaltung gestellt und als Leiter wird der ehemalige Direktor dieser Finanzinstitutionen Herr M. Zultowski stehen.

* **Der Kampf gegen die Preiserhöhung.** Die Regierung wendet sich in ihrem Aufruf zum Kampfe gegen die Teuerung an alle Produzenten und Händler, speziell an diejenigen, die mit Artikeln des ersten Bedarfs zu tun haben, mit der Aufforderung, die Preise keineswegs mehr zu erhöhen und kündigt an, daß sie für den Fall, daß dieser Aufruf keinen Erfolg haben sollte, mit den strengsten Mitteln vorgehen wird. In Warschau ist die Verhaftung einer Reihe von Kaufleuten erfolgt. Der „Monitor Polski" bringt eine Reihe von Namen. Es sind dieses die Herren: Isaak Kulik, Gerbereibesitzer, Adolf Swieca, Handelshaus, Moschek Schafran, Kaffeebesitzer, Schaja Eiermann, Kolonialwarenhändler, M. Borenstein, Seifenfabrikant, Adam Pakulski, Kolonialwarenhändler, Fulma Efros, Heringengroshändler, Ewler Messing, Importhaus, Gabriel Roland, Kochgeschirrhandlung, Simcha Kiberlein, Fleischer, Pinkus Melnik, Fleischer, Motel Neumann, Fleischer, Bronislaw Rydzewski, Armeelieferant, Czeslaw Domanski, Konditor, Alexander Buditko, Bäcker, Ludwig Spieß, Kaufmann, Izer Gilde, Wladyslaw Bogucki, Gemüsehändler. Weitere Verhaftungen sind im Gange.

* **Danksagung.** (Eingesandt.) Der Vormundschaftsrat der Lodzer griechisch-orthodoxen Gemeinde spricht dem Kirchengesangverein der Lodzer **Trinitatis-Gemeinde** für seine liebenswürdige Bereitwilligkeit, an dem am 13. d. Mts. im Konzerthause zu Gunsten der Olga-Kinderbewahranstalt stattfindenden Instrumental- und Vokal-Konzert teilzunehmen, seinen herzlichsten Dank aus. Gleichzeitig dankt der Vormundschaftsrat den Mitgliedern des Kirchengesangvereins der Trinitatis-Gemeinde für die am 25. Februar zu Gunsten derselben Olga-Kinderbewahranstalt gesammelten 11,025 Mark, die uns durch Herrn W. J. Jegorow überbracht und unter Nr. 18 des Schnurquittungsbuches eingeschrieben sind. Der Vorsitzende des Vormundschaftsrates Protohierej **Walkowski**.

* **Ein Beamter des Wucheramtes** erschien vorgestern im Restaurant von H. Liebermann an der Konstantinerstraße Nr. 10, stärkte sich an Speisen und Getränken, wollte aber von einer Bezahlung nichts wissen, zumal er doch den Wucher bekämpfe und wie er sich ausdrückte, Liebermann mit 80,000 Mark bestrafen könne. Als Liebermann noch weiter auf Entrichtung der Rechnung bestand, zog der „gewissenhafte" Beamte einen Revolver und drohte zu schießen. In diesem Moment erschien aber auch schon die Polizei und brachte den Beamten, der Adam Chudkiewicz heißt, zur Wache.

* **Errichtung einer neuen Bäckerei.** Die Baudeputation des Magistrats bestätigte die Pläne zur Errichtung einer neuen Bäckerei durch die Firma Jan Kucinski u. Ko. Die Bäckerei wird auf dem Grundstück an der Piwa-Straße 17 errichtet.

* **Terror.** Nach der Salzbergischen Fabrik in der Pomorska-Straße Nr. 25 kamen am 1. März etwa 30 Personen und wollten die dortigen Arbeiter zum Verlassen der Fabrik zwingen. Die Aufwiegler begannen die sich weigernden Arbeiter zu mißhandeln, als aber die Polizei erschien, machten sich die Kommunisten aus dem Staube. Es gelang aber doch einige hiervon zu verhaften. Eine weitere Untersuchung ist im Gange.

* **Sittlichkeitsverbrechen.** Vor der ersten Kriminalabteilung des Lodzer Bezirksgerichts hatte sich gestern ein gewisser Bronislaw Pieczyk, 25 Jahre alt, zu verantworten, angeklagt, die 15 jährige Janina Chakaszewska vergewaltigt zu haben. Dem Anklageakt nach überfiel Pieczyk die Chakaczewska im Tuszyner Walde beim Pilzesammeln, bedrohte sie mit dem Tode und vergewaltigte das Mädchen. Zeugin dieses Sittlichkeitsverbrechens war eine gewisse Josefa Golin, die von Pieczyk, weil sie ihn beschimpfte, gemißhandelt wurde. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zum Verlust der Rechte und zu 8 Jahren Gefängnis mit Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft.

* **Erstickt.** Aus der Wohnung des Adolf Zimmermann in der Wulczanska-Straße 151 drang vorgestern Rauch und die Tür war verschlossen. Als man die Wohnung gewaltsam öffnete, lag Zimmermann erstickt auf dem Fußboden und alle Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Gestern früh ereignete sich ein solcher Vorfall im Hause Janina-Straße 7 in der Wohnung der Witwe Wąsowska. Diese und ihr 14jähriger Sohn Zygmunt wurden gerettet, während der jüngere Sohn Romuald, 12 Jahre, den Tod fand.

In der Redaktion eingegangene Spenden.

An Stelle von Blumen auf das Grab der Frau Emilie Ziebart spendeten Familie Leon Fiedler 200 Mk. und Familie Gerhard Rauke 200 Mk. für das Haus der Barmherzigkeit.

Im Namen der bedachten Institution besten Dank.

Aus der Provinz.

Zgierz. Das Gebäude für das staatliche Lehrerseminar. Die Bezirksdirektion für öffentliche Arbeiten bei der Lodzer Wojewodschaft hat ein Komitee zum Bau des Gebäudes für das staatliche Lehrerseminar ins Leben gerufen. Zum Komitee gehören der Delegierte des Kultus-Ministeriums, die Direktorin S. Kuropatwinska, der Bürgermeister von Zgierz — Swiercz, die Ingenieure K. Woznicki und Goldberg und der Vertreter des Finanzministeriums, Szymanski. Das projektierte Gebäude wird am Bahnstrang auf einem von der Gemeinde gespendeten Territorium errichtet. Die Bezirksdirektion hat hierfür 200,000 Mk. assigniert.

In kurzen Worten.

Der Völkerbund beriet über die Fragen der Organisierung der geistigen Arbeit.

Dem Delegierten Amerikas Wallas wurde gestern die Antwort des Völkerbundes auf die amerikanische Note eingehändigt.

Infolge Kohlenmangels sollen auf den polnischen Eisenbahnen Einschränkungen im Verkehr der Eisenbahnzüge gemacht werden.

Der polnische Delegierte protestierte beim Völkerbunde gegen die Konzentrierung litauischer Truppen an der Grenze des Wilnaer Gebiets. Da Gen. Zeligowski seine Truppen auf 1 Division reduziert habe, sei eine Uebermacht von 5 Divisionen, über die die Litauer verfügen, gefahrvoll.

In Bremen hat die laufende Woche für Baumwolle einen bedeutenden Preisrückgang gebracht.

Das amerikanische jüdische Komitee, das eine Filiale in Warschau hat, hat zur Unterstützung von Juden, die durch den Krieg gelitten haben, 5 Millionen Dollar angewiesen.

Der neue amerikanische Marinesekretär erklärte, es sei die Aufgabe der neuen amerikanischen Regierung, eine so große Flotte zu erbauen, daß keine andere Flotte der Welt sich mit ihr messen kann.

In Bulgarien wird die Armee aus Freiwilligen bestehen, die zwölf Jahre dienen müssen. Sie dürfen verheiratet sein und erhalten jährlich einen Monat Urlaub. Nach abgelaufener Dienstzeit werden sie angesiedelt, oder im Staatsdienst verwendet.

Telegramme.

Drohender Generalstreik in Prag.

Prag, 2. März. (Pat.) Blättermeldungen zufolge droht in Prag ein Generalstreik der Arbeiter auszubrechen, wenn die unlängst zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern der Metallindustrie angeknüpften Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen sollten.

Warschauer Börse.

Notierungen vom 2. März (Pat.)

	gezahlt
6% Anl. d. St. Warschau 1915/16	. . .
6% Anl. d. St. Warsch. 1917 für Mk. 100	106.50—107
5% Pfandbr. d. Bodenkred.-Ges.	— —
4½ " " " f. Mk. 100	255—257—255
5% Anl. d. St. Warschau	— —
4½ " " "	— —
5% Anleihe der Stadt Lodz	245

Bargeld:

	Verkauf	Kauf
Zarenrubel à 100	—	—
Zarenrubel à 500	—	—
Duma Rubel à 250	66	—
Duma Rubel à 1000	77	—
Ver.-St.-Dollars	910	880
Franz. Franks	—	—
Schweizerische Franks	—	—
Pfund Sterling	—	—
Deutsche Mark	15.20	14.80
Tschecho-Slowakische Kronen	—	—

Aktien:

Handelsbank in Warsch. VIII Em.	1625
Diskontobank in Warsch.	2350
Lodzer Kaufmannsbank	1575
Kleinpoln. Bank in Krakau	— —
Ostrowiecker Gesellschaft	8000—8100
Borkowski	3650—3725—3700
Firley	2700—2650
Jabłkowski	2775—2875—2850
Lilpop	28600—28900
Rudzki	20500—21200—20200
Ges. der Zuckerfabriken	8500—8600
Starachowice für 500 Mk.	10200—10175—10300
Zawiercie	— —
Żyrardow	— —
Schiffahrts-Ges. I-III	2400—2575—2525
Kreditbank in Warsch.	2675
Westbank	— —

Nach langem schweren Leiden verstarb am Dienstag, den 1. März, um ½1 Uhr mittags mein innigstgeliebter Mann, unser herzensguter Vater, Schwiegervater, Großvater, Sohn, Schwager, Onkel und Cousin

Franz Sindermann junior

im Alter von 50 Jahren. — Die Ueberführung der irdischen Hülle des teuren Entschlafenen findet Freitag, den 4. März, um 3 Uhr nachm., vom Trauerhause Pomorska (Srednia) 68 auf dem alten katholischen Friedhofe statt.

Um stilles Beileid bitten

die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, am Mittwoch, den 2. März um 5 Uhr früh meine inniggeliebte Gattin, unsere herzensgute Mutter, Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin, Tante und Cousine

Melanie Julie Langhoff geb. Matzner

im Alter von 30 Jahren, nach kurzem schweren Leiden zu sich in die Ewigkeit abzurufen. — Die Beerdigung der teuren Entschlafenen findet Freitag, den 4. März um 2½ Uhr nachmittags, vom Trauerhause, Wulczanskastr. 157 aus, auf dem alten evangelischen Friedhofe statt.

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Spindelschnuren

in erstklassiger Ausführung empfiehlt

Seilindustrie

„NAPĘD"

G. m. b. H.

Lodz

Petrikauer 165.

Brillanten,

Bijouterien, Gold, Silber, Platina und Uhren.

Zahle die höchsten Preise

Lubla, Sienkiewicza 20,

W. 16, Part. letzter Eing.

Kaufe

Pelze, Karakul und Foxti-Jaketts, Garderoben Wäsche, Le dicke, Möbel, u. Nähmaschinen, zahle die höchsten Preise. Chrzanowicz, Wulczanskastraße 43, W. 6. 1094

Transmissions-seile aus echtem Manillakolonial Hanf

hat stets auf Lager

Seilindustrie

„NAPĘD"

G. m. b. H.

Lodz

Petrikauer 165.

Sonnabend, den 5. d. M., um 7 Uhr abends, findet im Saale des Trinitatisgesangvereins, Konstantinerstraße 4, ein

Theater=Abend

statt, veranstaltet von einer Gruppe von Kunstliebhabern. Der Reingewinn ist zur Unterstützung der

Schülerküche des Deutschen Lehrerseminars

bestimmt.

Programm: 1) **Ein reizbarer Herr.** Schwank in 1 Akt von Mark Michleb und Labiche.
2) **Bunter Teil.**
3) **Die vom Bauernhof.** Singspiel in 1 Akt von Curt Lüders, Musik von Curt Schröder.

Regie **Paul Köhler.** — Musikalische Leitung: **Gottfried Teichner.**

Billettvorverkauf ab Donnerstag in der Buchhandlung des Herrn Winkopf und in der Musikalienhandlung des Herrn Gottlieb Teschner, Petrikauerstraße Nr. 32.

Dyrekcja Towarzystwa Kredytowego m. Łodzi

zawiadamia Dawida Biedermana w miejscu obranego zamieszkania prawnego we wsi wilki powiatu Warszawskiego, jako mającego zabezpieczone prawa na hypotece nieruchomości w mieście Łodzi przy ulicy Lipowej pod № 51 oa położonej, że nieruchomość wyżej wymieniona, obciążona pożyczką Towarzystwa Kredytowego miasta Łodzi, Serji VII w sumie Rubli 16.000 z powodu niezapłaconej raty majowej 1920 r. i poprzednich w ilości Mk. 10.092 fen. 62. oprócz przynależnych kar na zasadzie § 78 Ustawy Towarzystwa, wystawioną została na sprzedaż przez publiczną licytację w dniu 17 maja 1921 r. o godz. 11-ej zrana w Kancelarji Hypotecznej w mieście Łodzi, w domu pod № 427 przy ulicy Sredniej znajdującej się przed Notarjuszem Aleksandrem Smoleńskim lub też przed notarjuszem tegoż zastępującym odbyć się mającą.

Przystępujący do licytacji obowiązany złożyć do rąk notarjusza vadium w ilości Mk. 6.912. — Licytacja rozpocznie się od sumy Mk. 51.840. in plus.

W razie niedojścia do skutku sprzedaży z powodu braku licytantów, wyznaczony zostanie drugi termin do powtórnej licytacji, która bez doręczenia nowych w tym względzie zawiadomień rozpocznie się od sumy nieumorzonej pożyczki Towarzystwa, stosownie do § 96 Ustawy Towarzystwa, lub też nieruchomość na sprzedaż wystawiona, na własność Towarzystwu Kredytowemu zostanie przysądzoną.

W razie, gdyby dzień wyznaczony do odbycia sprzedaży był świątecznym, sprzedaż odbędzie się dnia następnego.

Gemüse- und Blumen-

Samen

eigener Zucht und von der französischen Firma Vilmorin-Andrieux empfiehlt die

Gemüse- u. Blumensämerei in Podolien

unter der Leitung von

W. Jankowski,

erhielt aus Holland 100,000 Zwiebel-Hyazinthen u. Tulpen für Frühjahrszucht.

Petrikauer-Strasse Nr. 4.

Junges Fräulein

zur Stütze der Hausfrau, die etwas nähen, und sich gleichzeitig mit einem 4 jährigen Kinde beschäftigt, von sogleich oder später gesucht.

Seiy Werner
Mühle u. Elektrizitätwerk Lipno.

Ofenspender

wird gesucht. Für das Armenhaus zur Erwärmung der Temperatur in dem Zimmer alter Personen wird ein eiserner Ofen (Kanone) mit erforderlichen Blechröhren gesucht. Der eventuelle edle Spender wird gebeten, seine Adresse im Armenhause anzugeben.

Ein Schneider f. Arbeiten im Waisenhaus gesucht.

Das evangelische Waisenhaus benötigt einen Schneider zur Anfertigung von Anzügen für eine ganze Anzahl von Knaben. Tagelohn oder Stückarbeit verbunden mit Tisch. Um sofortige Anmeldung bittet das Waisenhaus Bulnowa 40.

R. Gundlach. Pastor.

Aelterer Lehrling

deutscher Herkunft, mit mindestens 4-klass. Schulbildung, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, wird für Appretur gesucht. Off. sind unt. „M. M. 10" an die Expedition ds. Blattes zu richten. 853

Haut- u. venerische Krankheiten

Dr. S. Lewkowicz

Konstantinerstr. Nr. 12

Von 9—1 und 6—8 Uhr
Damen von 5—6.

Zew. 5/3 20 D. U. Z. O. J. za 38 34

Tanzschule

W. Lipinski.

Am 8. und 14. März beginnt der Unterricht in 2 neuen Kompletten, für welche Einschreibungen in der Schulkanzlei,

Przejazd-Str. 40, angenommen werden.

Znajdujące się pod Zarządem Państwowym

Towarzystwo Akcyjne Zakładów Żyrardowskich w Żyrardowie

przyjmuje przędzę bawełnianą

do nitkowania.

Co do warunków, porozumieć się można na miejscu w Żyrardowie. 819

Wichtig für die Damenwelt!

Das Damenschneider-Atelier von

F. SENDOWSKI, Lodz

(Srednia) Pomorska 24, Wohn. 4.

empfiehlt sich zur **Anfertigung** von **Damenkostümen, Mänteln** aus eigenen sowie anvertrauten Stoffen nach neuester Mode und zu mäßigen Preisen.

Eine tüchtige

Verkäuferin

für ein Manufakturwarengeschäft gesucht. Gefl. Off. unter „Zuverlässig" an die Exp. ds. Bl. erbet.

Erstklassige elsässische Garn- und Baumwollabfall - Firma

sucht in dortigen Konsumentenkreisen bestens eingeführten rührigen Vertreter. Schriftliche Offerten an J. Werner & Co. in Mülhausen i. Elsaß.

Mechanisch

hergestellte gestreckte

Selfaktorleinen

zu haben bei

Seilindustrie

„Napęd"

G. m. b. H.

Lodz

Petrikauer 165.

Zähne

behandelt u. plombiert nach allen bewährten Methoden

Zahnarzt

R. Saurer

Petrikauerstr. Nr. 6

Für wenig Bemittelte ermäßigte Preise. 1786

Junges Fräulein sucht Stellung als

Verkäuferin oder Kassiererin

mit g. Zeugnissen. Offert. bitte unter „B. D. 20."

Hanf u. Baumwollriemen

von aussergewöhnlicher Haltbarkeit zu billigsten Preisen kauft man bei

Seilindustrie

„Napęd"

Lodz

Petrikauer 165.

Verlag von Alexis Drewing und Alexander Milker. — Verantw. Redakteur A. Drewing. — Rotations-Schnellpressendruck „Neue Lodzer Zeitung".